

**08.08.14**

Fz - EU - Wi

**Gesetzentwurf**  
der Bundesregierung

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes****A. Problem und Ziel**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat seit seinem Inkrafttreten am 27. September 2012 maßgeblich zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beigetragen. Er wurde eingerichtet, um die nach Ausbruch der Krise geschaffenen Instrumente zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets wie den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) als dauerhaften Mechanismus abzulösen. Sein Ziel, die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zu wahren, hat er - nicht zuletzt durch das mittlerweile erfolgreich abgeschlossene Hilfsprogramm für Spanien (spanisches Bankenprogramm) sowie das noch laufende Hilfsprogramm für Zypern - wirksam verfolgt.

Im Zuge der Bewältigung der Staatsschuldenkrise hat sich jedoch gezeigt, dass die Krise der öffentlichen Haushalte einzelner ESM-Mitgliedstaaten eng mit der Krise ihres jeweiligen Finanzsektors verbunden ist. So kann es möglich werden, dass im Einzelfall ein ESM-Mitgliedstaat nicht dazu in der Lage ist, erforderliche Finanzhilfen für seine Finanzinstitute in voller Höhe bereitzustellen, ohne dass dies sehr nachteilige Auswirkungen auf die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Haushalte hat bzw. seinen dauerhaften Zugang zum Kapitalmarkt gefährden und somit eine Finanzierung des gesamten staatlichen Finanzbedarfs über den ESM erforderlich machen würde.

Um den sich daraus ergebenden Gefährdungen der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes und seiner Mitgliedstaaten auch in derartigen Fällen entgegenwirken zu können, haben die Staats- und Regierungschefs der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets in ihrer Gipfelerklärung vom 29. Juni 2012 beschlossen, dass der ESM, sobald unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebiets eingerichtet worden ist, nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit hätte, Banken auch direkt zu rekapitalisieren.

Durch diese Gewährung von Finanzhilfen des ESM direkt an Finanzinstitute soll ein Beitrag dazu geleistet werden, Krisen im Bankensektor eines Mitgliedstaats stärker von einer Krise der öffentlichen Haushalte zu entkoppeln. Indem am Ende einer Haftungskaskade Hilfen des ESM für Finanzinstitute - anders als bei Finanzhilfen zur indirekten Rekapitalisierung von Finanzinstituten - nicht in Form eines Darlehens an den

---

Fristablauf: 19.09.14

betreffenden Mitgliedstaat, sondern unmittelbar an ein Finanzinstitut vergeben werden, können im Einzelfall besonders negative Auswirkungen auf den Schuldenstand eines Mitgliedstaats vermieden werden. Daher gilt aber weiterhin ein Vorrang der indirekten vor der direkten Bankenrekapitalisierung.

Gleichzeitig wurden durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 63) die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unter Einbeziehung der EZB ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus die Aufsicht über bedeutende Finanzinstitute übernimmt. Darüber hinaus wird durch die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (ABl. L 173 vom 12.06.2014 S. 190) ein Verfahren für eine geordnete Abwicklung von Banken unter Heranziehung der Anteilseigner und Gläubiger geschaffen.

## **B. Lösung**

Die Liste der dem ESM zur Verfügung stehenden Finanzhilfeinstrumente wird durch einen Beschluss des Gouverneursrats des ESM nach Artikel 19 des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (BGBl. 2012 II S. 981; ESM-Vertrag) um das Instrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten erweitert. In Artikel 19 ESM-Vertrag ist vorgesehen, dass der Gouverneursrat die Liste der vorgesehenen Finanzhilfeinstrumente überprüfen und aufgrund einvernehmlicher Entscheidung nach Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe i des ESM-Vertrags Änderungen vornehmen kann.

Die Gewährung einer Finanzhilfe in der Form der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten erfolgt im Einklang mit Artikel 3 des ESM-Vertrags nur auf Antrag eines ESM-Mitgliedstaats und entsprechend Artikel 12 des ESM-Vertrags unter strengen Auflagen institutsspezifischer, sektorspezifischer oder gesamtwirtschaftlicher Natur. Die Auflagen werden in Vereinbarungen mit den jeweils unterstützten Finanzinstituten sowie mit dem antragstellenden Mitgliedstaat (Letztere in Form eines Memorandum of Understanding; MoU) festgeschrieben.

Das Ausmaß der Haftung Deutschlands wird durch die Einrichtung des neuen Instruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten nicht geändert. Es ist gemäß Artikel 8 Absatz 5 des ESM-Vertrags unter allen Umständen auf den deutschen Anteil am genehmigten Stammkapital des ESM begrenzt.

Das Finanzhilfeinstrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten wird durch gesonderten Beschluss des Gouverneursrats auf ein Volumen von höchstens 60 Milliarden Euro begrenzt.

Die Gewährung von Stabilitätshilfen in Form der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten durch den ESM setzt voraus, dass das betreffende Institut der Aufsicht durch die EZB unterliegt.

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, da der deutsche Anteil an der Finanzierung des ESM unverändert bleibt.

## **E. Erfüllungsaufwand**

### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Es werden keine Vorgaben oder Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

### **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Es werden keine Vorgaben oder Informationspflichten für Unternehmen eingeführt, verändert oder abgeschafft.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten:

Keine.

### **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Es entsteht kein nennenswerter Erfüllungsaufwand für die Verwaltung.

## **F. Weitere Kosten**

Das Gesetz verursacht keine Kosten für Wirtschaftsunternehmen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.



**Bundesrat**

Drucksache **358/14**

08.08.14

Fz - EU - Wi

**Gesetzentwurf**  
der Bundesregierung

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes**

Bundesrepublik Deutschland  
Die Bundeskanzlerin

Berlin, 8. August 2014

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Stephan Weil

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Angela Merkel

---

Fristablauf: 19.09.14



# Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Artikel 1

### Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

Das ESM-Finanzierungsgesetz vom 13. September 2012 (BGBl. I S. 1918) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Finanzhilfen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten können einer Vertragspartei oder auf deren Antrag direkt Finanzinstituten dieser Vertragspartei gewährt werden.“

2. § 4 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach den Wörtern „Artikel 13 Absatz 4 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus“ die Wörter „und im Falle der Gewährung einer direkt an Finanzinstitute gewährten Finanzhilfe bei der Annahme einer institutsspezifischen Vereinbarung“ eingefügt.

- b) Der Nummer 3 abschließende Punkt wird durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 4 wird angefügt:

„4. bei Beschlüssen im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus über die Begrenzung der Finanzmittel, die für ein bestimmtes Finanzhilfeeinstrument zur Verfügung stehen.“

3. In § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird das Wort „Finanzhilfefazilitäten“ durch die Wörter „dem Europäischen Stabilitätsmechanismus“ ersetzt und werden nach der ersten Nennung des Wortes „Stabilitätsmechanismus“ die Wörter „sowie gemäß eines Beschlusses nach Artikel 19 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Verfügung stehenden Finanzhilfeeinstrumente“ eingefügt.

4. Nach § 7 Absatz 7 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Dies gilt auch im Zusammenhang mit einer direkt an Finanzinstitute gewährten Finanzhilfe in Bezug auf besonders vertrauliche, institutsspezifische Informationen. Das Sondergremium tagt geheim. Die Mitglieder des Gremiums sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind. Dies gilt für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung.“

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt mit Inkrafttreten des Beschlusses des ESM-Gouverneursrats zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in Kraft, frühestens jedoch am Tag nach seiner Verkündung.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Hintergrund**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat seit seinem Inkrafttreten am 27. September 2012 maßgeblich zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beigetragen. Er wurde eingerichtet, um die nach Ausbruch der Krise geschaffenen Instrumente zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets wie den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) als dauerhaften Mechanismus abzulösen. Sein Ziel, die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zu wahren, hat er - nicht zuletzt durch das mittlerweile erfolgreich abgeschlossene Hilfsprogramm für Spanien (spanisches Bankensprogramm) sowie das noch laufende Hilfsprogramm für Zypern - wirksam verfolgt.

Im Zuge der Bewältigung der Staatsschuldenkrise hat sich jedoch gezeigt, dass die Krise der öffentlichen Haushalte einzelner ESM-Mitgliedstaaten eng mit der Krise ihres jeweiligen Finanzsektors verbunden ist. So kann es möglich werden, dass im Einzelfall ein ESM-Mitgliedstaat nicht dazu in der Lage ist, erforderliche Finanzhilfen für seine Finanzinstitute in voller Höhe bereitzustellen, ohne dass dies sehr nachteilige Auswirkungen auf die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Haushalte hat bzw. seinen dauerhaften Zugang zum Kapitalmarkt gefährden und somit eine Finanzierung des gesamten staatlichen Finanzbedarfs über den ESM erforderlich machen würde.

Um den sich daraus ergebenden Gefährdungen der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes und seiner Mitgliedstaaten auch in derartigen Fällen entgegenwirken zu können, haben die Staats- und Regierungschefs der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets in ihrer Gipfelerklärung vom 29. Juni 2012 beschlossen, dass der ESM, sobald unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebiets eingerichtet worden ist, nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit hätte, Banken auch direkt zu rekapitalisieren.

Durch diese Gewährung von Finanzhilfen des ESM direkt an Finanzinstitute soll ein Beitrag dazu geleistet werden, Krisen im Bankensektor eines Mitgliedstaats stärker von einer Krise der öffentlichen Haushalte zu entkoppeln. Indem am Ende einer Haftungskaskade Hilfen des ESM für Finanzinstitute - anders als bei Finanzhilfen zur indirekten Rekapitalisierung von Finanzinstituten - nicht in Form eines Darlehens an den betreffenden Mitgliedstaat, sondern unmittelbar an ein Finanzinstitut vergeben werden, können im Einzelfall besonders negative Auswirkungen auf den Schuldenstand eines Mitgliedstaats vermieden werden. Daher gilt aber weiterhin ein Vorrang der indirekten vor der direkten Bankenrekapitalisierung.

Gleichzeitig wurden durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 63) die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unter Einbeziehung der EZB ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus die Aufsicht über bedeutende Finanzinstitute übernimmt. Darüber hinaus wird durch die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (ABl. L 173 vom 12.06.2014 S. 190) ein Verfahren für eine geordnete Abwicklung von Banken unter Heranziehung der Anteilseigner und Gläubiger geschaffen.

Das Instrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten wird durch einen Beschluss des Gouverneursrats des ESM nach Artikel 19 des ESM-Vertrags eingerichtet, durch den die Liste der dem ESM zur Verfügung stehenden Finanzhilfeeinstrumente um dieses Instrument erweitert wird. In Artikel 19 des ESM-Vertrags ist vorgesehen, dass der Gouverneursrat die Liste der vorgesehenen Finanzhilfeeinstrumente überprüfen und aufgrund einvernehmlicher Entscheidung nach Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe i des ESM-Vertrags Änderungen vornehmen kann.

Die nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus vom 13. September 2012 (BGBl. II S. 981) erforderliche bundesgesetzliche Ermächtigung des deutschen Gouverneurs, der Instrumentenänderung nach Artikel 19 des ESM-Vertrags im ESM-Gouverneursrat zuzustimmen, wird durch das Gesetz zur Änderung der Liste der Finanzhilfeeinstrumente des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus erteilt.

Die Gewährung einer Finanzhilfe in der Form der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten erfolgt im Einklang mit Artikel 3 des ESM-Vertrags nur auf Antrag eines ESM-Mitgliedstaats und entsprechend Artikel 12 des ESM-Vertrags unter strengen Auflagen institutsspezifischer, sektorspezifischer oder gesamtwirtschaftlicher Natur. Die Auflagen werden in Vereinbarungen mit den jeweils unterstützten Finanzinstituten sowie mit dem antragstellenden Mitgliedstaat (Letztere in Form eines Memorandum of Understanding; MoU) festgeschrieben.

Das Ausmaß der Haftung Deutschlands wird durch die Einrichtung des neuen Instruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten nicht geändert. Es ist gemäß Artikel 8 Absatz 5 des ESM-Vertrags unter allen Umständen auf den deutschen Anteil am genehmigten Stammkapital des ESM begrenzt.

Das Finanzhilfeeinstrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten wird durch gesonderten Beschluss des Gouverneursrats auf ein Volumen von höchstens 60 Milliarden Euro begrenzt.

Die Gewährung von Stabilitätshilfen in Form der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten durch den ESM setzt voraus, dass das betreffende Institut der Aufsicht durch die EZB unterliegt.

## **II. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

Das ESM-Finanzierungsgesetz regelt den finanziellen Gesamtrahmen der deutschen Beteiligung am ESM und die Beteiligungs- und Unterrichtsrechte des Bundestags und des Bundesrates im Zusammenhang mit den Angelegenheiten des ESM. Vor diesem Hintergrund enthält es in § 2 Satz 2 eine Auflistung der Instrumente der Stabilitätshilfe, die dem ESM zur Verfügung stehen. Das Finanzhilfeeinstrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten ist im ESM-Finanzierungsgesetz bisher noch nicht berücksichtigt. Durch die Einrichtung dieses Finanzhilfeeinstruments wird eine Anpassung des ESM-Finanzierungsgesetzes notwendig.

## **III. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs**

Mit diesem Gesetz wird die Einrichtung des Finanzhilfeeinstruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten im ESM-Finanzierungsgesetz nachvollzogen und die parlamentarischen Beteiligungs- und Unterrichtsrechte diesbezüglich konkretisiert.

Zu diesem Zweck wird das Finanzhilfeeinstrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten in die Liste der Finanzhilfeeinstrumente aufgenommen, auf die das ESM-Finanzierungsgesetz Bezug nimmt.

Darüber hinaus werden die parlamentarischen Beteiligungs- und Unterrichtsrechte, soweit dies für die Zwecke des Instruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten geboten ist, spezifiziert.

#### **IV. Alternativen**

Keine.

#### **V. Gesetzgebungskompetenz**

Das ESM-Finanzierungsgesetz ist ein Gesetz nach Artikel 115 Absatz 1 Grundgesetz (GG).

#### **VI. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

Das Gesetz ist vereinbar mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (BGBl. 2012 II S. 981; ESM-Vertrag).

#### **VII. Gesetzesfolgen**

Dieses Gesetz schafft die rechtlichen Grundlagen für die parlamentarischen Beteiligungs- und Unterrichtsrechte, die im Falle der Gewährung einer Finanzhilfe durch das Instrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten zu beachten sind.

##### **1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung**

Keine.

##### **2. Nachhaltigkeitsaspekte**

Die Wirkungen des Gesetzes entsprechen den Vorgaben zur Nachhaltigkeit. Der deutsche Anteil an der Finanzierung des ESM bleibt unverändert.

##### **3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Der deutsche Anteil an der Finanzierung des ESM bleibt unverändert.

##### **4. Erfüllungsaufwand**

Es werden keine Vorgaben oder Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen eingeführt, verändert oder abgeschafft. Der Erfüllungsaufwand für die Verwaltung ist nicht relevant.

##### **5. Weitere Kosten**

Keine.

## 6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.

## VIII. Befristung; Evaluation

Die Regelungen sollen dauerhaft wirken, so dass eine Befristung nicht in Betracht kommt.

Wegen der geringen finanziellen Auswirkungen sowie der nicht signifikanten Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand ist eine Evaluation der Regelungen nicht erforderlich.

## B. Besonderer Teil

### Zu Artikel 1 (Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes)

#### Zu Nummer 1

##### § 2 Satz 3

In § 2 ESM-Finanzierungsgesetz werden die Aufgaben des ESM und die ihm zur Verfügung stehenden Finanzhilfeeinstrumente entsprechend dem ESM-Vertrag genannt. Der ESM hatte bisher lediglich die Möglichkeit, Finanzhilfen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten in Form von Darlehen an einen ESM-Mitgliedstaat zu gewähren (indirekte Rekapitalisierung von Finanzinstituten). Eine Gewährung unmittelbar an die betroffenen Finanzinstitute war ausgeschlossen. Die bisherige Fassung des § 2 Satz 3 ESM-Finanzierungsgesetz spiegelte dies wieder, indem sie die Übernahme direkter Bankrisiken ausschloss.

Erst nach Einrichtung des Instruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten ist es dem ESM möglich, derartige Finanzhilfen auf Antrag eines Mitgliedstaats auch direkt an Finanzinstitute auszugeben. Die Regelung stellt klar, dass der ESM neben der indirekten nun grundsätzlich auch über das Instrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten verfügt. Die technischen Details des Instruments werden in einer Instrumentenleitlinie festgelegt. Als Teil der Rekapitalisierungsmaßnahme können im Einzelfall auch Garantien des ESM bereitgestellt werden. Dem ESM stehen nach Maßgabe seiner Beteiligung oder besonderer Vereinbarungen in Bezug auf das rekapitalisierte Finanzinstitut Kontrollrechte zu.

Finanzinstitute sind Institute im Sinne von Artikel 2 Nummer 3 bis 5 der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 über die Aufsicht durch die Europäische Zentralbank.

#### Zu Nummer 2

##### Zu Buchstabe a

##### § 4 Absatz 1 Nummer 2

Die Ergänzung stellt klar, dass auch die Annahme der im Rahmen der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten erforderlichen institutsspezifischen Vereinbarungen eine Entscheidung des ESM ist, die die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestags betrifft. Eine institutsspezifische Vereinbarung beinhaltet insbesondere institutsspezifische Auflagen. Sie gehört neben der Vereinbarung über die Finanzhilfefazilität und dem Memorandum of Understanding, die beide bereits in § 4 Absatz 1 Nummer 2

ESM-Finanzierungsgesetz genannt sind, zu den Grundvoraussetzungen der Gewährung einer Finanzhilfe in der Form der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten.

#### **Zu Buchstabe b**

##### § 4 Absatz 1 Nummer 4 - neu -

Das Finanzhilfeeinstrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten wird durch gesonderten Beschluss des Gouverneursrats auf ein Volumen von höchstens 60 Milliarden Euro begrenzt. Die Ergänzung stellt klar, dass jeder Beschluss betreffend die Begrenzung des Volumens, das für ein bestimmtes Finanzhilfeeinstrument zur Verfügung steht, die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestags betrifft. Dies betrifft neben dem Beschluss über eine Begrenzung des Volumens auch Beschlüsse über deren spätere Erhöhung, Senkung oder Abschaffung.

#### **Zu Nummer 3**

##### § 5 Absatz 2 Nummer 3

Die Annahme oder wesentliche Änderung der Leitlinien für die Durchführung der einzelnen dem ESM zur Verfügung stehenden Finanzhilfeeinstrumente bedürfen der vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschusses. Die Neufassung stellt klar, dass dies nicht nur für die in den Artikeln 14 bis 18 des ESM-Vertrags festgelegten Finanzhilfeeinstrumente gilt, sondern auch für Finanzhilfeeinstrumente, die dem ESM – wie das Instrument der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten - aufgrund eines Beschlusses nach Artikel 19 des ESM-Vertrags zur Verfügung stehen.

#### **Zu Nummer 4**

##### § 7 Absatz 7 Satz 2 bis 5 - neu -

Die Änderung trägt dem Umstand Rechnung, dass dem Deutschen Bundestag im Verlaufe einer direkt an Finanzinstitute gewährten Finanzhilfe unter Umständen Dokumente zur Unterrichtung zu übermitteln sind, die einer besonderen Vertraulichkeit unterliegen. Dies gilt insbesondere für Informationen, die Geschäftsgeheimnisse der betreffenden Finanzinstitute beinhalten oder marktsensibel sind. Solche Informationen umfassen beispielsweise Geschäftsplanungsunterlagen, geplante Portfolio- und/oder Unternehmenstransaktionen sowie Eigen- und Fremdkapitalmanagementmaßnahmen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den betreffenden Finanzinstituten um solche handeln wird, die in einer sehr fragilen Finanzsituation sind und unter intensiver Marktbeobachtung stehen. Ihr Scheitern kann unter Umständen schwerwiegende Folgen für die Finanz- und Realwirtschaft haben (beispielsweise ein Einfrieren des Interbankenmarktes, sogenannte „bank runs“ und im Anschluss möglicherweise eine Kreditverknappung und ein Ausfall wichtiger Dienstleistungen wie des Zahlungsverkehrs für die Realwirtschaft).

Vor diesem Hintergrund kann das Bekanntwerden von Geschäftsgeheimnissen und marktsensiblen Informationen den Erfolg einer Finanzhilfe zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten vereiteln. Die sich daraus ergebende besondere Vertraulichkeit derartiger Informationen gebietet es, die Unterrichtungspflichten auf die Mitglieder des Sondergremiums zu beschränken. Dies entspricht der geltenden und anerkannten Rechtslage und Praxis im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung.

Die Konkretisierungen der Verpflichtung zur Vertraulichkeit entsprechen ebenfalls der geltenden Rechtslage im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung.

**Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)**

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes. Der Beschluss des ESM-Gouverneursrats zur Änderung der Liste der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des ESM-Vertrags tritt in Kraft, sobald er im Gouverneursrat nach Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe i des ESM-Vertrags einstimmig verabschiedet wurde.